

Bei uns hat Erinnerung Tradition

140 Jahre SPD



SPD 1863-2003 ...

... das kleinere Übel im Wandel der Zeit

1863 ADAV-Gründung

23. Mai: Ferdinand Lassalle gründet den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der sich am 25. Mai 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vereinigt

1878 Sozialistengesetz

Okt.: Die Sozialistische Arbeiterpartei wird nach zwei Attentaten auf Wilhelm I. durch das bis 1890 geltende "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" verboten, obwohl ihr keine Verbindungen nachgewiesen werden, und kann sich nur noch im Reichstag betätigen; innerparteiliche Kritiker des sich nun herausbildenden strikten parlamentarischen Kurses werden marginalisiert und schließlich ausgeschlossen (1)

1906 Massenstreikresolution missachtet

Feb.: Die Führung der SPD sichert Gewerkschaftsvertretern auf einer Geheimkonferenz zu, den zuvor durch eine Parteitagresolution angenommenen Massenstreik nach Möglichkeit zu verhindern (2)

1914 Zustimmung zum Kriegskurs

4. Aug.: Trotz großer Antikriegsdemonstrationen in vielen Städten, zu denen auch die SPD aufrief, und bisheriger anderslautender Beschlüsse werden die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten durch Fraktionszwang zur einstimmigen Annahme des Kriegskredits von fünf Milliarden Mark verpflichtet.

1918 Parlamentarisierung von oben

28. Oktober: Angesichts der zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung wird die Reichsverfassung geändert und der Reichskanzler nunmehr vom Vertrauen des Reichstages abhängig gemacht, um die SPD politisch einzubinden, seitens der Obersten Heeresleitung (OHL) die Verantwortung für ein Waffenstillstandsangebot abzutreten und so das bisherige Regierungssystem im wesentlichen erhalten zu können.

1918 Reichsrätekongress in Berlin

19. Dez.: Die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu zwei 2/3 der SPD angehören, entscheiden sich im Sinne der Parteiführung für die parlamentarische Demokratie und Wahlen zur Nationalversammlung und lehnen das Räteresystem ab.

1918 Ebert-Groener Pakt

10. Nov.: In einem Abkommen zwischen Friedrich Ebert ("Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich will sie nicht, ja, ich hasse die Revolution wie die Sünde.") und Generalquartiermeister Groener verpflichtet sich die neue Regierung als Gegenleistung für ihre Anerkennung durch die OHL zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" und zum Kampf gegen den "Bolschewismus"

1919 "Spartakus-Aufstand"

5. Jan.: nach der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) wird das dortige Zeitungs-viertel besetzt; der von Ebert mit dem militärischen Oberbefehl betraute Gustav Noske ("Einer muss der Bluthund werden ...") stellt Freikorps auf, denen besonders bei der Erstürmung des Vorwärtshauses und den anschließenden "Säuberungsaktionen" Dutzende zum Opfer fallen.

1919 Münchener Räterepublik

7. Apr.: in Bayern wird die erste Räterepublik ausgerufen, die sozialdemokratische Regierung Hoffmann flüchtet nach Bamberg und ruft Reichstruppen und Freikorps zu Hilfe, welche die nunmehr zweite Räterepublik zwischen Ende April und Anfang Mai blutig

niederwerfen und Hunderte ihrer vermeintlichen und echten Anhänger hinrichten

1920 Kapp-Putsch

13. März: Als aufgrund des Versailler Vertrags eine Reduzierung der Reichswehr und die Entlassung zahlreicher Offiziere bevorsteht, putschen Teile des Heeres und Freikorps und ernennen den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp zum Reichskanzler, der allerdings wegen eines Generalstreiks nach vier Tagen wieder gestürzt wird; zur Niederschlagung des folgenden Märzauflandes im Ruhrgebiet mit über tausend Todesopfern der Roten Ruhr Armee setzt die Reichsregierung die wieder "loyale" Reichswehr und Freikorps ein.

1929 "Blutmai"

1. Mai: Karl Zörgiebel, sozialdemokratischer Polizei-präsident von Berlin, zieht zur Durchsetzung des im Dezember 1928 zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit" verhängten Demonstrationsverbots 13.000 Polizisten zusammen, die massiv gegen unbewaffnete Demonstrierende und Unbeteiligte vorgehen und schliesslich wahllos in die Menge schießen; dabei werden ungefähr 30 Menschen getötet, 200 verletzt und über 1.200 verhaftet

1959 Godesberger Programm

13.-15. Nov.: Mit dem auf dem Parteitag in Bad Godesberg verabschiedeten Programm wandelt sich die SPD unter Aufgabe der marxistischen Theorie von einer Arbeiter- zu einer auch für bürgerliche Schichten offenen Volkspartei, die sich zur Landesverteidigung, zum freien Wettbewerb und zur bundesrepublikanischen Demokratie bekennt

1968 Notstandsgesetze

30. Mai: Die Große Koalition, die durch die Stimmen der SPD über die notwendige Zweidrittelmehrheit verfügt, beschließt die Einführung einer Notstandsverfassung für den Fall des inneren und äußeren Notstands, die u.a. eine Einschränkung parlamentarischer Prozeduren, des Post- und Fernmeldegeheimnisses und den Einsatz der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutz bei inneren Unruhen ermöglicht.

1972 "Radikalenerlass"

28. Jan.: Gemäß einer gemeinsamen Grundsatzklärung der Regierungschefs des Bundes und der Länder müssen BewerberInnen bei einer Berufung in das Beamtenverhältnis die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten; zur Umsetzung des Erlasses wird eine Einzelfallprüfung durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz eingeführt, der bis 1987 etwa 3,5 Millionen BewerberInnen unterzogen werden; zwischen 1.102 und 2.250 Personen werden abgelehnt und zudem 256 Bedienstete suspendiert, die überwiegend linken Organisationen angehören (3)

1979 NATO-Doppelbeschluss

12. Dezember: Auf wesentliche Initiative der Bundesregierung (1977 Rede Helmut Schmidts im International Inst. for Strategic Studies) beschließen die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten eine weitere Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen.

1999 Kosovo-Krieg

März: Unter der rot-grünen Regierung findet der erste Kriegseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr statt, in einem nebenbei auch völker-rechtswidrigen Angriffskrieg

2003 "Agenda 2010"

14. März: SPD-Bundeskanzler Schröder bläst in seiner Regierungserklärung unter dem zynischen Titel "Mut zur Veränderung" zum umfassenden Angriff auf soziale Sicherungssysteme, Einkommen und Freiheit der ArbeiterInnenklasse.

Dies sind einige Punkte, die eine andauernde Haltung der SPD zu ihrer Basis um der Regierungsfähigkeit willen deutlich machen.

(1) Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Darmstadt 1993, S. 5-10 (2) Bock, S. 27 (3) Braunthal, Gerard, Politische Loyalität und öffentlicher Dienst, Marburg 1992, S. 36ff., 117f.

SPD Parteitag <http://www.bo-alternativ.de/wer-hat-uns-verraten.htm> Allg. SPD : <http://www.free.de/schwarze-katze/sonderseite/spd.html>

Garantiert partei- und funktionsfreie Infos und Aktionen gegen Agenda 2010 etc.: <http://www.fau.org/> v.i.s.d.p Freunde v. Durrutti e.V.,Dortmund